November 1939:

Allgegenwärtig – der Einfluss der NSDAP

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) wurde bereits 1920 gegründet und nach der Machtübernahme Hitlers 1933 zur alleinigen Staatspartei etabliert. Zunehmend wurde berufliches und gesellschaftliches Fortkommen in den dreißiger Jahren an die NSDAP-Mitgliedschaft geknüpft. Bei Kriegsende 1945 hatte die NSDAP etwa 8,5 Millionen Mitglieder.

Eigentlich war es nur eine nachrangige Personalfrage, die in der Sindelfinger Gemeinderatssitzung vom 16. November 1939 entschieden werden sollte, doch selbst hierbei wird der allgegenwärtige Einfluss der NSDAP deutlich: Unter dem Betreff „Kläranlage“ wird protokolliert: Der Bürgermeister beabsichtigt „in erster Linie den S. anzustellen, sofern er in politischer Beziehung einwandfrei ist...Vor endgültiger Entscheidung wird der Bürgermeister ein politisches Führungszeugnis von S. einverlangen.“

Bis zur nächsten Gemeinderatssitzung am 14. Dezember hatte sich allerdings ein überraschend neuer Sachverhalt ergeben. Das Protokoll hält fest: „Außer den in der Beratung vom 16. November 1939 mitgeteilten Bewerbern hat sich nachträglich noch der Schlosser K. von hier um die Stelle des Kläranlagenwärters beworben. K. ist seit 1934 in Sindelfingen wohnhaft und seither auch in der Ortsgruppe der NSDAP tätig. Der Bewerber S. tritt mit seiner Bewerbung zurück, sofern K. die Stelle übertragen erhalten soll. Nach Beratung und vorheriger Rücksprache mit den Ortsgruppenleitern [der NSDAP] beabsichtigt der Bürgermeister (...) die Stelle des Kläranlagenwärters dem Bewerber K. zu übertragen.(...) Die Ratsherren sind mit der Anstellung des K. einverstanden.“

Die Frage, ob der Rückzug des ursprünglichen Bewerbers freiwillig geschah muss ebenso offenbleiben wie die Frage, welche Rolle die fachliche Qualifikation (noch) gespielt hat.

Am 27.11.1939 erhielt ein Mitarbeiter des hiesigen Daimler-Benz-Werks Post von der Personalabteilung. Unter der Überschrift „Lehrstellengesuch“ wurde folgendes ausgeführt: „Wir nehmen Bezug auf das Gesuch um Einstellung Ihres Sohnes als Lehrling im Frühjahr 1940 und teilen Ihnen mit, dass wir uns nach Abschluss der Eignungsprüfung bereit erklärt haben, Ihren Sohn in unsere Abteilung Metallbearbeitung einzustellen. Der Eintritt erfolgt am 1. April 1940.

Beim Eintritt sind mitzubringen: Steuerkarte für 1940,(...), HJ-Ausweis,(...)

Es wird deutlich, dass nicht nur im Staatsdienst, sondern auch in Wirtschaftsunternehmen die Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren angegliederten Verbänden Voraussetzung für eine Neueinstellung war. Der genannte HJ-Ausweis war der Nachweis für die Mitgliedschaft in der Hitlerjugend. Die Jugendorganisation der NSDAP war bereits 1926 gegründet worden und umfasste im Jahr 1938 rund 8,7 Millionen Mitglieder und damit fast alle Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 18

Jahren im Deutschen Reich. Vorrangige Ziele der Hitlerjugend waren die ideologische Vereinnahmung und die vormilitärische Ausbildung.

Dass es mit dem Nachweis der HJ-Mitgliedschaft im Hinblick auf die avisierte Lehrstelle alleine noch nicht getan war, wird aus einem zweiten Schreiben deutlich, das am 14. März 1940 an den besagten Mitarbeiter des Daimler-Benz-Werks ging: „Im Anschluss an unser Einstellungsschreiben teilen wir Ihnen mit, dass der Lehrling ... am Eintrittstage Montag, den 1. April 1940 vormittags 8 Uhr in H.J. Uniform zu erscheinen hat.“

Kommen wir am Ende des Beitrags nochmals auf die eingangs zitierte Gemeinderatssitzung vom 16. November 1939 zurück. Unter dem Betreff „NSDAP“ wird dort vermerkt: „Die Ortsgruppen der NSDAP müssen während der Dauer des Krieges ihre Mitgliedsbeiträge restlos an die Gauleitung abführen. Die Ortsgruppenleitungen bitten daher während der Dauer des Krieges um Nachlass der Miete für die Geschäftsräume im Schwanengebäude [ehemaliger Standort gegenüber heutiger Stadtbibliothek] und im Gebäude Adolf-Hitler-Platz [heute Marktplatz] 5. Im Einvernehmen mit den Ratsherren ergeht folgende EntschlieÙung des Bürgermeisters: Den hiesigen Ortsgruppen der NSDAP werden vom 1. Oktober 1939 an für die Dauer des Krieges die Mietzinsen für die von der Stadt gemieteten Geschäftsräume erlassen.“

Weder Bürgermeister Pfitzer noch die Ratsherren dürften an diesem 16. November 1939 geahnt haben, dass nie mehr eine NSDAP-Ortsgruppe für städtische Räumlichkeiten Miete bezahlen würde.

(Text: Horst Zecha)